Antrag

der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Transparenz bei EU-Agrarsubventionen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Vergabe von Agrarsubventionen incl. der Exportsubventionen sowohl der ersten als auch der zweiten Säule öffentlich zugänglich zu machen und in regelmäßigen Abständen zu aktualisieren. Dabei sollen Name und Sitz des Betriebes sowie der genaue Betrag und das jeweilige Förderprogramm veröffentlicht werden.

Begründung:

Die Transparenz bei der Vergabe der EU-Subventionen ist ein zentraler Punkt im Rahmen der Informationsfreiheit der EU-Bürgerinnen und –Bürger. Deshalb legt die EU-Kommission die Verwendung zentral verwalteter EU-Mittel offen und veröffentlicht die Empfänger mit Namen und Betrag auf ihrer Internetseite.

76% der EU-Mittel werden aber im Rahmen der "geteilten Mittelverwaltung" von den Mitgliedsstaaten vergeben. Die EU-Kommission hat deshalb eine Richtlinie entworfen, die die Mitgliedsstaaten verpflichtet, ebensolche Transparenz bei der Verwendung der EU-Subventionen zu schaffen. Diese Richtlinie wird seit 2006 in Konsultationen diskutiert, ist aber noch nicht verabschiedet.

Von Landwirten und verschiedenen Organisationen wie z.B. der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (ABL) wird die starke Ungleichverteilung der Gelder kritisiert. Um eine qualifizierte und breite demokratische Diskussion zu gewährleisten, ist

Transparenz notwendig. Deshalb müssen die Mitgliedsstaaten und die Bundesländer zügig und zielführend diese Transparenz schaffen.

Im Jahre 2008 wird die EU-Kommission ein Midterm-Review vornehmen, bei der die Verwendung der EU-Fördergelder auf den Prüfstand kommt. In Folge dieser Halbzeitprüfung könnten die Vergabekriterien geändert werden. Damit die Maßnahme rechtzeitig wirksam sein kann, muss die Landesregierung noch im Jahre 2007 für Transparenz sorgen.

Detlef Matthiessen und Fraktion